

Die Verwaltungsorganisation der Stadt Offenburg war seit Einführung des Neuen Steuerungsmodells in den 1990er Jahren dezentral aufgebaut. Angesichts der Entwicklung der Stadt als Oberzentrum und der damit einhergehenden Projekt- und Themendichte stößt diese bisherige Organisation allerorten an ihre Grenzen. Die bereichs- und dezernatsübergreifende Zusammenarbeit soll daher organisatorisch gestärkt und vorangebracht werden.

Zu diesem Zweck wurde zum Januar 2020 der neue Fachbereich Zentrale Steuerung und Recht (ZSR) mit den Abteilungen Recht und Datenschutz und Zentrale Dienste und Wahlen gebildet. Er identifiziert gesamtstädtische Fragestellungen und vereinheitlicht die Arbeit der Bereiche.

Beratung und Unterstützung in strategischen Rechtssachen:

Die Zielsetzung liegt in diesem Aufgabenfeld darin, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung sicherzustellen und die städtischen Wünsche und Vorgaben mit dem Rechtsrahmen durch eine Risikobewertung sinnvoll in Einklang zu bringen. Die strategische Beratung erfolgt zu Themen der gesamten Verwaltung, in 2023 zB:

- Zum Projekt Offenburger Eisenbahntunnel wurde ein Vertrag mit dem Ortenaukreis zur Zusammenarbeit im Planfeststellungsverfahren ausverhandelt. Diese Zusammenarbeit soll auch in der Bau- und Betriebsphase fortgesetzt werden, weitere Vereinbarungen folgen.
- Gesetzliche Verpflichtungen bspw. aus dem HinweisgeberschutzG wurden für die Gesamtverwaltung umgesetzt. Beschäftigte können sich nun an eine interne Meldestelle wenden, wenn sie Gesetzesverstöße vermuten.
- Beschlussvorlagen wie der Aufbau einer ergänzenden Betreuung in städtischen Kindertageseinrichtungen, Parkgebührenerhöhung als Baustein des Masterplans Verkehr oder der Ausbau der Fahrradwegeinfrastruktur begleitete der Fachbereich ebenso wie die Umsetzung von Großprojekten bspw. LGS, Sportpark Süd, Jagdpacht und Rée-Carée.

Prozessstatistik:

Im prozessualen Bereich unterlag die Stadt in lediglich in einem Fall der von vom Fachbereich ZSR geführten gerichtlichen Verfahren.

Datenschutz:

Die etablierten Prozessabläufe zur Beantwortung von Datenschutzanfragen haben sich bewährt.

Die (Fach-) Bereiche sind verstärkt in der Lage, herkömmliche datenrelevante Themen größtenteils eigenständig zu behandeln. Komplexere Fragen und Problemstellungen werden weiterhin über die AG Datenschutz in enger Zusammenarbeit mit dem behördlichen Datenschutzbeauftragten beantwortet.

Die Anzahl der Auskunftsbegleichen interessierter Bürgerinnen und Bürger zur Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten gemäß Artikel 15 DSGVO verharrt auf hohem Niveau. Mit dem praktizierten verwaltungsinternen Auskunftsverfahren wurden den Bürgerinnen und Bürgern die gewünschten Informationen fristgerecht zur Verfügung gestellt.

Eine zentrale Herausforderung ist, den berechtigten Erwartungen der Öffentlichkeit an eine rechtmäßige und sichere Datenverarbeitung bei städtischen Vorhaben und Projekten zu entsprechen. Hierzu werden Prozesse implementiert, die eine korrekte Analyse und Datenschutzfolgeabschätzung ermöglichen.

Im Herbst 2023 wurde mit der Verwirklichung eines umfassenden Fort- und Weiterbildungsprogramms für die verwaltungsinternen Datenschutzkoordinatoren begonnen. Damit wird der Grundstein einer thematisch breit gefächerten Schulungskampagne in den Bereichen Datenschutz und Datensicherheit gelegt, welche langfristig einem zunehmend wachsenden Personenkreis zugutekommen soll. Ziel ist, durch regelmäßige Unterrichts- und Trainingsveranstaltungen das erforderliche Know-how und die aktuellen Best Practices im Bereich Datenschutz zu vermitteln und damit einen effektiven Datenschutz in der Stadtverwaltung zu gewährleisten.

Gesetzliche Informationsansprüche:

Die Zahl der Anträge auf Information nach dem Landesinformationsfreiheitsgesetz (LIFG) hielt sich auf gleichbleibendem Niveau. Ob die rechtlich vielschichtige Materie in dezentraler Struktur sinnvoll abgebildet ist, muss einer endgültigen Entscheidung und organisatorischen Zuordnung vorbehalten bleiben.

Arbeitsschutz/Gesundheitsschutz:

Neben einem Schulungsangebot für alle Bereiche der Verwaltung zu Themen wie Erste Hilfe, Brandschutzhelfer*innen und Sicherheitsbeauftragte konnte der Prozess zur Durchführung von Gefährdungsbeurteilungen für die gesamte Stadtverwaltung fortgeschrieben werden. Das städtische Angebot einer Gripeschutzimpfung für Mitarbeitende im Herbst wurde rege genutzt.

Zentrale Verwaltung und Digitalisierung:

Im Bereich der Zentralen Verwaltung sind die Voraussetzungen für eine standardisierte und zeitgemäße städtische Verwaltungsarbeit zu schaffen. Für viele zentrale Felder konnte hier in 2023 die Basis gelegt werden. So wurden die Prozesse zu Aktenführung, Ersetzendem Scannen, Dokumentenmanagementsystem (DMS) und elektronischer Signatur definiert und mit Vorgaben für die Verwaltung umgesetzt.

Der Aufbau einer Zentralen Scanstelle ist für die Digitalisierung der Verwaltung unabdingbar. Die Scanstelle, über welche die Eingangspost direkt digitalisiert und den angebotenen Bereichen weitergeleitet wird, konnte in 2023 erfolgreich an den Start gehen. Dem Pilotbereich DigIT folgte Ende der zweiten Jahreshälfte der FB Personal und Organisation. Sukzessive werden nun auch weitere Bereiche der Stadtverwaltung angebunden.

Das Hauptaugenmerk wird nun ab 2024 darauf liegen müssen, den Scanprozess beständig weiterzuentwickeln und zu optimieren.

Daneben ermöglicht der hohe technische Standard auch, eigene Akten direkt zu verscannen. Dies erfolgt ergänzend zum externen Dienstleister, der die städtischen Akten verscannt, indem geringe Teilmengen der Akten in der Scanstelle selbst digitalisiert werden. So wird die Qualität der Scanleistung des externen Dienstleisters stichprobenartig und vergleichend kontrolliert. Beispielhaft wird derzeit die Ausländerakte teils inhouse, teils von extern digitalisiert.